

BUNDESWEHR

Wilde Truppe

Nach Berichten über angebliche Ausschreitungen deutscher Soldaten beim Somalia-Einsatz vor gut drei Jahren hat vergangene Woche ein Video mit gespielten Mord- und Vergewaltigungsszenen auf dem fränkischen Übungsplatz Hammelburg das Bonner Verteidigungsministerium in helle Aufregung versetzt. Während sich die Vorwürfe gegen die Somalia-Truppe inzwischen als frei erfunden herausstellten, fanden die Experten der Hardthöhe auf dem Video Schlimmes.

Ausgerechnet vor der Kulisse des Hammelburger „Übungsdorfes“ namens „Bonnland“ hatte sich eine Gruppe von Ausbil-

dern mit simulierten Greueltaten in Szene gesetzt. Nach ersten Ermittlungen gehören sie zu einer Art Schauspieltruppe, die im April vorigen Jahres Soldaten auf den Friedenseinsatz in Bosnien vorbereitete. Zum offiziellen Repertoire gehören Überfälle auf Fahrzeugkonvois, Demonstrationen an Kontrollposten oder Randalen im Übungsdorf.

In Pausen spielte die in wildes Zivil gekleidete Truppe aber auf eigene Faust weiter: Das laut Bonner Hardthöhe fast professionell aufbereitete Privatvideo zeigt unter anderem, wie die Männer Kopf- und Genickschüsse simulieren – mit Makarow-

Pistolen und Kalaschnikow-Gewehren aus Beständen der DDR-Volksarmee.

Nachdem der Fernsehsender Sat 1 das angekaufte Video im Ministerium vorgeführt hatte, befahl Verteidigungsminister Volker Rühe, die beteiligten Soldaten ausfindig zu machen und „unnach-sichtig“ mit „schärfsten disziplinarischen Konsequenzen“ zu belegen. Auch ihre Vorgesetzten müssen mit Disziplinarmaßnahmen rechnen.



Bundeswehrrübung für Bosnien-Einsatz (1995)

EUROPOL

Hinters Licht geführt

Viele Innen- und Europapolitiker der Koalition sind empört über den Bonner Innenminister Manfred Kanther. Sie werfen dem Christdemokraten vor, er habe im Zusammenhang mit Regelungen für die europäische Polizeitruppe Europol „das Parlament hinters Licht geführt“, so die ehemalige Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Kanthers Staatssekretär Kurt Schelter hatte den Europa-Ausschuß des Bundestags im Juni über das Europol-Protokoll unterrichtet. Die Bedenken der Parlamentarier richteten sich vor allem dagegen, daß die Europolizisten „von jeglicher Gerichtsbarkeit“ freigestellt werden, soweit sie „in Ausübung ihres Amtes“ handeln. Diese Immunität soll auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses bestehen bleiben. Was die Abgeordneten besonders ärgert: Sie seien zwar gedrängt worden, das Protokoll schnell zu beraten, hätten aber erst hinterher erfahren, daß Kanther das Papier bereits unterzeichnet hatte.

NATO-GIPFEL

Null Abrüstung

Die Nato muß beim Madrider Gipfel in dieser Woche eine weitere Schlappe hinnehmen. Nach Vertagung der inneren Reform und der Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration stockten vergangene Woche auch Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zum weiteren Abbau konventioneller Waffen. Bei Gesprächen mit Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts in Wien akzeptierte Rußland zwar den Vorschlag, die Obergrenzen für „Großgerät“ wie Panzer und Kampfflugzeuge künftig für jedes Land einzeln festzulegen. Aber nun bremst das Bonner Verteidigungsministerium. Es möchte den Spielraum für Reduzierungen bei der Bundeswehr noch genauer prüfen. Hintergrund sind offenbar Diskussionen in der Nato-Zentrale über die künftigen „Streitkräfteziele“ der einzelnen Partner. Laut einem Entwurf könnte die Truppe weiter verkleinert werden: Es reiche aus, wenn Bonn sechs statt bisher sieben Großverbände in Divisionsstärke bereitstelle.

PRIVATISIERUNG

Schnäppchen in Rostock

Der Landesrechnungshof in Schwerin hat massive Kritik an dem geplanten Verkauf der Seehafen Rostock Umschlagsgesellschaft an drei ausländische Geschäftsleute („Kent-Gruppe“) geübt. In einem vertraulichen Schreiben an den Rostocker Oberbürgermeister Arno Pöker (SPD) und das Innenministerium des Landes äußert Rechnungshofpräsident Uwe Tanneberg „starke juristische Bedenken“ gegen den Vertrag, der am Mittwoch dieser Woche von der Rostocker Bürgerschaft verabschiedet werden soll. So seien der Kent-Gruppe „sehr einseitig Garantien“ eingeräumt worden, während die Risiken des Verkaufs fast ausschließlich bei der Stadt lägen. Auch „die Schere zwischen dem Substanzwert der Umschlagsgesellschaft“ von etwa 70 Millionen Mark und dem vorgesehenen Kaufpreis von 19 Millionen sei viel zu groß, bemängelt Tanneberg.

POLIZEI

„Fozzy“ im Dienst

Im Kampf gegen Brandstifter setzt die Inordrhein-westfälische Polizei seit Anfang dieser Woche auf die belgischen Schäferhunde „Fozzy“ und „Lukas“. Ähnlich wie Sprengstoff- und Rauschgiftspürhunde wurden die Tiere darauf trainiert, mit ihrem feinen Geruchssinn rund ein Dutzend gängige Brandbeschleuniger schnuppernd zu erkennen. Bislang mußten sich Sachverständige bei Verdacht auf Brandstiftung vor Ort auf einfache Testgeräte und ihre eigene Nase verlassen. Technik und Mensch sind dabei oft überfordert, weil sie Kleinstspuren brennbarer Flüssigkeiten wegen der Verdunstung und des Einsatzes von Löschwasser kaum wahrnehmen können. Fozzy und Lukas waren dagegen in der Lage, so Diensthund-Ausbilder Alfred Maciejewski, „Brandbeschleuniger auch dann noch aufzuspüren, wenn wir an einer Brandstelle weniger als ein Tröpfchen aufgebracht hatten“. Witern die Tiere verdächtige Substanzen, kann der Brandschutt im Labor mit High-Tech-Geräten gerichtsverwertbar aufbereitet werden.



Polizeihund in der Ausbildung

H. OBERÜCK